

Antrag von Hans-Joachim Otto, MdB  
Mitglied des Bundesvorstands der FDP  
Vorsitzender der FDP-Kommission für Internet und Medien  
Vorlage für die Sitzung des Bundesvorstandes der FDP am 18.09.06

**Antrag: Finanzierung und Bestand des dualen Rundfunksystems in Deutschlands dauerhaft sichern und zukunftsfähig gestalten**

**Antrag**

Der Bundesvorstand der FDP möge beschließen:

Die FDP schlägt vor, die Rundfunkgebühr durch eine allgemeine Medienabgabe zu ersetzen. Die Ministerpräsidenten der Länder, die Landesparlamente und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten werden aufgefordert, zur dauerhaften Sicherung und zukunftsfähigen Gestaltung des Bestandes und der Finanzierung des dualen Rundfunksystems in Deutschland entsprechende Änderungen am Rundfunkstaatsvertrag vorzunehmen.

**Begründung**

1. Die FDP bekennt sich mit Nachdruck zum dualen Rundfunksystem in Deutschland. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der private Rundfunk tragen erheblich zu einer pluralistischen und vielfältigen Medienlandschaft bei und bilden gemeinsam einen Pfeiler der modernen Informationsgesellschaft. Gemäß Rundfunkstaatsvertrag sind sie "der freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung sowie der Meinungsvielfalt verpflichtet"<sup>1</sup>. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegt es dabei, einen besonders hohen qualitativen Standard moderner Massenkommunikation sicherzustellen und die mediale Grundversorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen informierenden, bildenden, beratenden und unterhaltenden Angeboten bereitzustellen<sup>2</sup>. Darüber hinaus bringt die Gesellschaft dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen besonders hohen Anspruch im Hinblick auf Objektivität, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und Ausgewogenheit entgegen.
2. Die FDP erkennt und begrüßt den hohen Stellenwert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Gesellschaft und dessen Bedeutung für den freien Meinungsbildungsprozeß, die ihm auch vom Bundesverfassungsgericht in mehreren Entscheidungen zuerkannt worden ist. Für die FDP ergibt sich daraus auch die Pflicht der Gesellschaft, eine unabhängige und im Umfang ausreichende Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks langfristig zu sichern.
3. Um diese Finanzierung langfristig zu sichern, sind eine breite Akzeptanz und ein hoher Legitimationsgrad des öffentlich-rechtlichen Rundfunks innerhalb der Bevölkerung von entscheidender Bedeutung. Dies hat nicht nur inhaltliche Konsequenzen. Auch das

---

<sup>1</sup> Präambel des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland

<sup>2</sup> Vgl. § 11 Abs. 2 RStV

Finanzierungssystem selbst muß transparent und effektiv gestaltet sein, außerdem von den Bürgern als fair anerkannt werden.

4. Die FDP ist der festen Überzeugung, daß das geltende Finanzierungssystem, wie es in Artikel 5 (Rundfunkgebührenstaatsvertrag / RGebStV) und Artikel 6 (Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag / RFinStV) des Rundfunkstaatsvertrages festgeschrieben ist, die Anforderungen an eine gerechte, transparente und zukunftsfähige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht mehr erfüllt. Die Gründe hierfür sind:
- a. Die Koppelung der Gebührenpflicht an das "Bereithalten" eines Rundfunkempfangsgeräts<sup>3</sup>. Es besteht trotz der Ausführungen in §1 Abs. 2 RGebStV Unklarheit darüber, ab wann ein Rundfunkempfangsgerät "bereitgehalten" wird und damit gebührenpflichtig ist.
  - b. Die nicht vorhandene Definition eines "Rundfunkempfangsgeräts". Die technische Entwicklung hat dazu geführt, daß eine Vielzahl von Geräten zumindest theoretisch zum - oftmals sehr begrenzten - Empfang von Rundfunksignalen fähig ist. Eine generelle Einbeziehung solcher Geräte - wie zum Beispiel Computer mit der technischen Möglichkeit des Internetzugangs, UMTS-fähige Mobiltelefone, Überwachungsbildschirme und viele andere - ist weder gerechtfertigt noch sinnvoll. Beeinträchtigungen bei der Digitalisierung und dem Ausbau der Breitbandpenetration in Deutschland wären durch die Einbeziehung solcher "neuartiger Rundfunkempfangsgeräte" unvermeidlich. Die Einführung des Begriffs des "neuartigen Rundfunkempfangsgerätes"<sup>4</sup> erzeugt weitere Unklarheiten und trägt in keiner Weise zur Begriffsdefinition bei. Im Hinblick auf die Geschwindigkeit des technischen Fortschritts erscheinen solche Begrifflichkeiten wie eine Kapitulation des Gesetzgebers. Das gesamte Finanzierungssystem ist nicht zukunftsfähig<sup>5</sup>.
  - c. Die Gebührenpflicht jedes einzelnen Gerätes. Trotz diverser Befreiungstatbestände<sup>6</sup> ist grundsätzlich jedes Gerät gebührenpflichtig<sup>7</sup>. Das führt dazu, daß Personen mehrfach mit der Rundfunkgebührenpflicht belegt werden können. Insbesondere berufstätige Menschen werden so in nicht hinnehmbarer Weise mehrfach belastet. Nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, daß jeder Mensch das örtliche Programm nur einmal hören und sehen kann, ist auch dieser Umstand nicht vermittelbar.
  - d. Die unsinnige und systematisch nicht zu rechtfertigende Belastung der Universitäten durch Rundfunkgebühren. Während in öffentlichen allgemein bildenden oder berufsbildenden Schulen nach § 5 Abs. 10 Rundfunkgebührenstaatsvertrag Zweitgeräte gebührenbefreit sind, werden die Universitäten in erheblichem Maße durch die Rundfunkgebühren belastet<sup>8</sup>.

---

<sup>3</sup> §1 Abs. 2, §2 Abs. 2 RGebStV

<sup>4</sup> §5 Abs. 3 RGebStV

<sup>5</sup> Bzgl. der Argumente gegen die Einbeziehung von PC mit Internetzugang und anderen sog. "neuartigen Rundfunkempfangsgeräten" sei auf das Positionspapier der FDP vom 01.08.06 "Asymmetrien und Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beseitigen - Die Gebührenfinanzierung grundlegend reformieren" verwiesen

<sup>6</sup> Insbesondere §§ 5, 6 RGebStV

<sup>7</sup> §2 Abs. 2 RGebStV

<sup>8</sup> Aus der Antwort des sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst auf eine Frage der FDP-Fraktion (Drs.-Nr. 4/5630) geht hervor, daß beispielsweise die Universität Leipzig, obwohl sie bereits 199.025,09 Euro Rundfunkgebühren im Jahr 2005 gezahlt hat, mit Nachzahlungsforderungen der GEZ i.H.v. 219.156,67 konfrontiert ist. Ähnliches gilt für die Hochschule Mittweida, die 2005 insgesamt 206.299,55 Euro

- e. Die Beherbergungsbetriebe in Deutschland werden durch das bestehende System der Rundfunkgebührenberechnung im europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark belastet<sup>9</sup>. In keinem europäischen Land sind die Belastungen der Hotels so hoch wie in Deutschland. Während in Ländern wie Dänemark, Finnland, Frankreich oder Großbritannien die Rundfunkgebühren um 20 bis 70 Prozent niedriger liegen, beträgt die Rundfunkgebührenbelastung in Österreich bei einem Hotel mit 100 Betten etwa ein Hundertstel der Belastung eines deutschen Hotels. In Litauen, Luxemburg, Niederlande, Spanien zahlen Beherbergungsbetriebe überhaupt keine Rundfunkgebühren, da der öffentlich-rechtliche Rundfunk aus Steuergeldern finanziert wird. Die Willkürlichkeit, mit der die Höhe der "Hotelpauschale" festgelegt und im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom August 2004 erhöht wurde, ist ein weiterer Beleg für die Ungerechtigkeit und Intransparenz der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, deren Anpassungen sich allein am Finanzbedarf der Rundfunkanstalten und nicht an der Rundfunknutzern zu orientieren scheinen.
  - f. Die soziale Unausgewogenheit der Rundfunkgebühr. Befreiungstatbestände für Personen mit niedrigen Einkommen wurden in jüngster Zeit stark eingeschränkt. Ausnahmen gibt es lediglich für Bürger, die ohnehin staatliche Leistungen beziehen sowie einige wenige andere Fälle<sup>10</sup>. Das führt unter anderem dazu, daß ein Student, der Leistungen nach dem BAföG erhält, von der Gebührenpflicht befreit ist, ein Auszubildender hingegen, der über keinen Euro mehr als der Student verfügt und seinen Lebensunterhalt selbst trägt, jedoch nicht.
5. Die FDP hält daher eine Reform der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks für dringend geboten. Grundsatz muß dabei sein, daß jede Person nur einmal mit einer Abgabe belegt wird. Die FDP schlägt deshalb vor, die Rundfunkgebühr und damit die Gerätekoppelung durch eine allgemeine Medienabgabe zu ersetzen. Diese Medienabgabe wird von jedem erwachsenen Bürger mit eigenem Einkommen getragen und muß den Finanzbedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks voll abdecken. Sie wäre aus mehreren Gründen eine überzeugende Alternative zur überholten Rundfunkgebühr:
- a. Die Medienabgabe ist gerecht. Niemand wird mehrfach belastet, grundsätzlich jeder volljährige Bürger wird zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks herangezogen. Einkommen bis zum steuerlichen Existenzminimum werden befreit.
  - b. Die Medienabgabe ist transparent. Unklare Befreiungstatbestände gibt es nicht. Jeder Bürger weiß, wieviel er wofür bezahlt. Die Koppelung der Gebührenpflicht an Rundfunkempfangsgeräte - und damit auch nicht abgrenzbare Einbeziehung sog. neuartiger Rundfunkempfangsgeräte - entfällt.
  - c. Die Medienabgabe ist einfach und effizient. Die Klassifizierungen "Rundfunkteilnehmer" und "Nicht-Rundfunkteilnehmer" werden überflüssig. Damit entfällt auch die Notwendigkeit, mit teilweise zweifelhaften Methoden auch nach den letzten Schwarzsehern zu fahnden. Auch die Gebühreneinzugszentrale

---

an Rundfunkgebühren zahlen soll, oder die Westsächsische Hochschule Zwickau, bei der die Gesamtforderungen der GEZ im Jahr 2005 161.817,15 Euro betragen.

<sup>9</sup> Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion (BT-Drs. 16/1248) hat ergeben, daß allein durch die Veränderungen des Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrages vom August 2004 (75-prozentige Gebührenpflicht für Beherbergungsbetriebe mit über 50 Betten statt bisher einheitlich 50-prozentige Gebührenpflicht) dem deutschen Beherbergungsgewerbe Mehrkosten i.H.v. 15,3 Mio. Euro jährlich entstehen. Hinzu kommt die Mehrbelastung durch die Erhöhung der Rundfunkgebühr zum 1. April 2005 um 10,56 Euro auf 204,36 Euro jährlich.

<sup>10</sup> Vgl. §§ 5, 6 RGebStV

(GEZ) kann damit abgeschafft werden. Die Medienabgabe kann einfach über das Finanzamt, das ohnehin über die Daten der Steuerpflichtigen verfügt, mit eingezogen werden. Zu prüfen sind auch Modelle in anderen Ländern, wo Rundfunkabgaben beispielsweise gemeinsam mit der Stromrechnung eingezogen werden. Die Staatsferne des Rundfunks wird dadurch nicht tangiert, denn die zuständige Stelle wird lediglich für den Einzug und die unangetastete Weiterleitung an die Rundfunkanstalten zuständig sein.

- d. Das Problem der "Schwarzseher" entfällt. Damit ist die Medienabgabe auch fair und sozial, denn niemand finanziert Trittbrettfahrer. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk entgehen keine Einnahmen.
- e. Die Medienabgabe belastet Familien nicht zusätzlich. Nur volljährige Bürger mit Einkommen über dem steuerlichen Existenzminimum zahlen sie. Heute müssen dagegen auch für Auszubildende und Studenten, die keine staatlichen Leistungen (wie BAFöG) beziehen, Rundfunkgebühren gezahlt werden. Oftmals müssen Eltern diese Mehrausgaben tragen. Außerdem entfällt die Mehrfachbelastung eines berufstätigen Teils der Familie, der für den Fernseher zu Hause, das Autoradio im Dienstwagen und den PC in seinem Büro je einmal die Rundfunkgebühr zahlen muß, in diesem Fall also über 50,- Euro im Monat.
- f. Die Höhe der Medienabgabe liegt unter der derzeit zu zahlenden Rundfunkgebühr. Die Höhe der Abgabe würde nach einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages<sup>11</sup> ca. 10 Euro betragen, um den Bedarf des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu decken.
- g. Hochschulen und Wirtschaft werden durch die Medienabgabe nicht belastet, wie es momentan der Fall ist.
- h. Die Medienabgabe ist legitim. Niemand muß sein Unverständnis darüber äußern, daß er Gebühren für etwas zahlt, das er nicht in Anspruch nimmt oder mit einem bestimmten Gerät (z.B. einem PC mit ISDN-Modem, das viel zu langsam ist, um tatsächlich Live-Streams darzustellen) gar nicht kann. Es wird das Bewußtsein geschaffen, daß unsere Gesellschaft über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Garant für qualitativ hochwertige, ausgewogene und unabhängige Informations-, Bildungs-, Kultur-, und Unterhaltungseinrichtung verfügen will und deshalb auch die gesamte Gesellschaft für die Finanzierung herangezogen wird.

---

<sup>11</sup>WF X 107/00 vom 28.11.2000; das Gutachten wird momentan überarbeitet und dem heutigen Stand angepaßt.